

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

bei der heute anstehenden Entscheidung uns für oder gegen ein Haushaltssicherungskonzept zu entscheiden, haben wir die Wahl zwischen Pest und Cholera.

Seit Kämmerer Bernd Müller im vergangenen Jahr das Menetekel drastisch steigender Schulden an die Wand gemalt hat, widmen sich Rat und Verwaltung dem Thema Finanzen in Hinblick auf mögliche Einsparungen. In seltener Transparenz wurde im AK Finanzen Punkt für Punkt nach Einsparmöglichkeiten gesucht. Die Ergebnisse sind ernüchternd, dort wo sich Möglichkeiten, meist in bescheidenem Umfang, abzeichneten, erreichten uns neue Hiobsbotschaften, die sich leider auf ganz anderem Niveau bewegen.

Deutliche Einbußen bei der Gewerbesteuer, deutlich höhere Umlagen für das Jugendamt des Kreises, Schlechterstellung durch Änderungen des Verteilerschlüssels der Anteile an der Umsatz- und Einkommensteuer und erhebliche Kostensteigerungen für die Unterbringung von Asylbewerbern. Dies alles hat dazu geführt, dass wir ganz tief in der Schuldenfalle sitzen.

Wir haben natürlich jede Menge Argumente auf Kreis, Land und Bund zu schimpfen, aber was hilft das? Nichts! Wir alle hier sind verantwortlich für die finanzielle Entwicklung unserer Stadt. Jetzt gilt es die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Die Alternativen sind schnell aufgezählt: Zum einen ein Haushaltssicherungskonzept mit deutlichen Steigerungen der Steuerbelastungen für die nächsten Jahre oder aktives Handeln, mit kurzfristig leider noch größeren Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Nach intensiven und kontrovers geführten Diskussionen hat sich die SPD-Fraktion dazu durchgerungen, sich gegen ein HSK auszusprechen. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht, sondern erbittert errungen. Ich möchte Ihnen kurz aufzeigen, welche Argumente für uns ausschlaggebend waren, uns so zu entscheiden.

Wie bereits ausgeführt, wären die Belastungen für die Bürgerschaft in einem HSK kurzfristig etwas geringer als ohne HSK, sie würden sich in wenigen Jahren aber angleichen. Im HSK wären wir aber gezwungen weiterhin einen Verzehr des Eigenkapitals hinnehmen zu müssen und, schlimmer noch, den Bestand an Kassenkrediten weiter zu erhöhen.

Gerade das starke Anwachsen der Kassenkredite sehen wir mit großer Sorge. Z.Zt. sind die Zinsen ungewöhnlich günstig, was aber passiert, wenn diese steigen? Wir würden unseren Haushalt komplett an die Wand fahren und die finanziellen Probleme der Stadt auf die nächste Generation verschieben. Wenn wir ehrlich sind, hätten wir längst Steuererhöhungen auf den Weg bringen müssen, aber eine solche Entscheidung zu treffen und erfordert Mut.

Wir begrüßen es daher sehr, dass Bürgermeister Persian den Mut hat, dieses unangenehme Thema offen anzusprechen und sich klar zu einer Haushaltskonsolidierung bekennt, diese Entscheidung verdient Respekt, denn Freund macht man sich damit nicht.

Steuererhöhungen wünscht sich sicher niemand, doch wir haben die Pflicht dafür zu sorgen, dass die Stadt handlungsfähig bleibt und weiterhin zu investive Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Schulen und hoffentlich auch der Infrastruktur, fähig ist. Hier wären uns in einem HSK deutlich die Hände gebunden. Wenn wir, wie von der Verwaltung prognostiziert, einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, werden die Steuersätze im Rahmen des Möglichen nach unten korrigiert.

Sollten wir den Ausgleich vorher schaffen, dann natürlich ebenfalls früher. Diese Korrekturen sind nur möglich, wenn wir nicht ins HSK gehen, sonst sind die Planzahlen für die nächsten Jahre fix. Sie können versichert sein, dass, insbesondere wenn der Bund die den Gemeinden gegebenen Zusagen einhält, wir auch schnell wieder gegensteuern. Wir sehen uns, als gewählte Vertreter der Hückeswagener Bürgerschaft in der Pflicht Verantwortung zu übernehmen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dies wollen wir nicht einer übergeordneten Behörde überlassen.

Sehr nachdenklich hat mich in der vergangenen Woche ein Leserbrief gemacht, der in der BM veröffentlicht und im RGA sogar zu einem Aufmacher geführt hat. Hierin wurde gemutmaßt, dass die Verwaltung Events entgegen eigener Aussage subventioniert und Gewerbeflächen deutlich unter Wert an Unternehmen verscherbelt habe.

Was denken sich die Briefeschreiber dabei, derartige Unterstellungen zu erheben? Wohl gemerkt, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf von Bürgermeister Persian, von Rat und Verwaltung zu erfahren, was zu der katastrophalen Situation der Stadt geführt hat und wie man konstruktiv dagegen angehen will. Das Recht auf Information rechtfertigt derartige Anwürfe jedoch nicht.

Auch der Vorwurf, dass mit der geringen Anhebung der Gewerbesteuer die Unternehmer geschont werden, zieht nicht. Die Gewerbesteuer besteuert nicht den Unternehmer, sondern die Unternehmen und die Unternehmen sind der Motor der Stadt.

Wenn wir die Möglichkeit hätten, die Managergehälter kräftig zu stutzen, wären wir sofort dabei, deren Gehälter sind in der Tat häufig asozial und gehörten gestutzt. Doch darum geht es hier nicht. Die Unternehmen in unserer Stadt werden bereits durch die Erhöhung der Grundsteuer B kräftig zu Kasse gebeten. Hier auch noch die Gewerbesteuer kräftig anzuheben halten wir für kontraproduktiv.

Viele Städte sind sogar den umgekehrten Weg gegangen und haben die Gewerbesteuern deutlich reduziert. Durchaus mit Erfolg für die eigenen Haushalte aber natürlich immer zu Lasten der Nachbarkommunen, die sich diesem Wettbewerb nicht gestellt haben oder nicht stellen konnten. Wir werden die Gewerbesteuern nicht senken, sondern moderat anheben, müssen aber auf die Verhältnismäßigkeit der Steuer im Vergleich mit unseren Nachbarkommunen achten.

Auch der von den Briefeschreibern genannte Vorwurf, die Stadt würde ja nun wirklich mit keinen besonderen Leistungen aufwarten, läuft ins Leere.

Wer sich in den letzten Jahren intensiv mit der Entwicklung unserer Verwaltung beschäftigt hat, stellt gewaltige Veränderungen fest, die zu deutlichen Effizienzsteigerungen geführt haben. Dank der erfolgreichen Arbeit der Verwaltung konnten in Hückeswagen zahlreiche neue Unternehmen angesiedelt werden. Ohne diese Neuansiedlungen wäre die finanzielle Situation in unserer Stadt nach deutlich schlimmer.

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, sich mit konstruktiver Kritik an der politischen Meinungsbildung zu beteiligen. Diese ist wertvoll und notwendig, Beschimpfungen sind es nicht.

Jetzt muss unser gemeinsames Ziel sein, die finanzielle Situation der Stadt so schnell wie möglich zu verbessern und dafür zu sorgen, dass Hückeswagen weiterhin lebens- und liebenswert bleibt.